

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptamts zu Waagen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestmögliche Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Man, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassette Bischofswerda Konto Nr. 64

Erfolgsrechnung täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmöndlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Veranstaltung Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgenzweicher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Am Tagteil die 30 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erhalten von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

S. 128

Sonnabend, den 28. Mai 1932.

87. Jahrgang

## Tageschau.

Der Präsident des Preussischen Landtages, der nationalsozialistische Abgeordnete Kertt, hat für die nächste Sitzung alle Maßnahmen getroffen, um eine ordnungsmäßige Durchführung der Sitzung zu gewährleisten, sowie Leben und Gesundheit der Abgeordneten zu sichern.

Die österreichische Regierung wird das erwartete Transfermoratorium nicht erwidern, weil in den nächsten Tagen voraussichtlich ein internationaler Kredit in Höhe von 100 Millionen gewährt werden wird.

Die kommunistischen Karawanen in den größeren Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes dauern an. In Darmen wurde die Polizei mit Karabinern und Maschinengewehren aus den Fenstern beschossen. In Dortmund wurden Lebensmittelgeschäfte geplündert.

Auf einer nationalsozialistischen Versammlung in Hötting bei Jülich kam es zu einer Sankt- und Straßenkrawall mit Sozialdemokraten. Die Gendarmen mußte mit gefülltem Bajonett den Platz räumen. 80 Personen wurden verletzt, darunter sechs schwer. Ein SA-Mann ist seinen Verletzungen erlegen, ein anderer schwer in Lebensgefahr.

In Cilly an der Donau versuchten Sozialdemokraten eine nationalsozialistische Versammlung zu sprengen. 20 Nationalsozialisten wurden erheblich verletzt.

Der bekannte Jagdschreiber Joachim von Morgen-Berlin ist Freitag nachmittag beim Training auf dem Nürnbergring tödlich verunglückt.

\*) Ausführliches an anderer Stelle.

## Vor der Umbildung des Reichskabinetts.

Berlin, 28. Mai. (Eigener Dienst.) Je näher der Zeitpunkt der Rückkehr des Reichspräsidenten von Hindenburg aus Neudeck nach Berlin herankommt, desto üppiger schießen in der Reichshauptstadt die Gerüchte ins Kraut. Es ist im Augenblick sehr schwer, die Tatsachen von den Kombinationen zu scheiden. Neuerdings wird behauptet, daß die Stellung des Reichszanzlers, die vor einigen Tagen stark erschüttert schien, sich wieder gefestigt habe, und zwar in erster Linie mit Rücksicht auf die schwebenden außenpolitischen Verhandlungen. Der Reichspräsident scheint der Auffassung zu sein, daß er für die Weiterführung der Außenpolitik das Vertrauenskapital nicht entbehren könne, das sich Brüning zweifellos durch seine Verhandlungen mit den ausländischen Staatsmännern geschaffen hat. Nun wäre an sich eine Lösung denkbar, bei der die Führung der Regierung in andere Hände überginge und Brüning das Außenministerium behielte. Damit wäre die Parallele zu Stresemann, der sich nach dem Scheitern der Großen Koalition in das auswärtige Amt zurückzog, noch deutlicher geworden. Aber nach unseren Informationen ist Brüning nicht bereit, auf eine solche Lösung einzugehen. Vielmehr würde er bei einem Rücktritt seiner Regierung und bei einer Neubildung unter anderer Führung auch das auswärtige Amt abgeben. Natürlich wird hierdurch ein erheblicher Druck auf den Reichspräsidenten ausgeübt, der eben Brüning außenpolitisch nicht entbehren zu können glaubte.

In Berliner politischen Kreisen will man außerdem wissen, daß sich das Verhältnis zwischen Brüning und General von Schleicher gebessert habe. Hieraus sind wohl auch die Nachrichten zu erklären, die die Uebnahme des Reichswehrministeriums durch den Berliner Gruppenkommandeur General Hase für sicher erklären. Soweit wir unterrichtet sind, eilen auch diese Meldungen den Tatsachen voraus, zumal die personalpolitischen Fragen erst nach der Rückkehr des Reichspräsidenten gelöst werden können. Immerhin scheint die Reichswehr entscheidendes Gewicht darauf zu legen, daß an der Spitze des Reichswehrministeriums ein Soldat steht. Groeners Rolle als Reichswehrminister ist bekanntlich ausgespielt. Aber wir glauben sicher zu wissen, daß er auch als Reichsinnenminister in absehbarer Zeit verschwinden wird. Dabei kann die Frage offen bleiben, ob seine Erhebung durch eine andere Persönlichkeit schon jetzt oder unmittelbar nach der Gausanner Konferenz erfolgt. Es kann kein Zweifel mehr darüber herrschen, daß Groener sich politisch mit seiner unglaublich ungeklärten Reichsbannerrede das Genick gebrochen hat, und daß auch Brüning über die stratorische Leistung seines Innenministers in eine nicht geringe Verlegenheit geraten ist.

Dieselben Zeitungen, die die Uebnahme des Reichswehrministeriums durch General Hase ankündigen zu können glauben, wollen auch wissen, daß Goerdeler das Reichswirtschaftsministerium als Nachfolger Warmbolds übernehmen wird. Diese Nachricht muß als äußerst fragwürdig bezeichnet werden. Wenn es auch glaubhaft erscheint,

daß Goerdeler für sich einen Ministerposten erstrebt, so scheint doch die Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums durch ihn eine erledigte Kombination zu sein. Vielfach ist er schon als kommandierender Reichsinnenminister für den Fall, daß Groener aussteht, genannt worden. Aber auch in dieser Beziehung muß seine sachliche Eignung angesichts der gerade für dieses Ministerium dringenden Fragen bezweifelt werden. Endlich erkalten sich die Gerüchte, daß Reichs-

ernährungsminister Schleife seinen Platz räumen, und daß der Minister für die Ostfragen Schlangensiefen an seine Stelle treten wird. Daß es eine Schleiens-Krise gibt, kann heute nicht mehr bestritten werden. Was in allem: es wackelt im Kabinett Brüning recht gründlich. Allein die Stellung des Reichsverkehrsministers Treutmann erscheint unerschütterlich — solange Brüning noch Reichszanzler ist.

## Ernstste Lage der Sozialversicherung.

Ein Bild des Elends.

Berlin, 28. Mai. Die katastrophale Lage der Sozialversicherungen war gestern Gegenstand der Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages. Aus dem Bericht des Ministerialdirektors Geleier vom Reichsarbeitsministerium ergibt sich, daß die Mindereinnahmen der Sozialversicherungen so groß seien, daß die Regierung nicht imstande wäre, die laufenden Ausgaben zu decken und Abzahlungen an die Post zu leisten. Die Regierung hat die Flüssighaltung der Kassen nur durch den Verkauf von Wertpapieren möglich machen können.

Nach den Angaben des Regierungsvorstellers beträgt in der

### Invalidenversicherung

das monatliche Aufkommen an Beiträgen in diesem Jahre nur noch 54 Millionen Reichsmark gegen 70 Millionen im Jahre 1931, 80 Millionen im Jahre 1930 und 90 Millionen im Jahre 1929. Dabei könne die Einnahme von 54 Millionen im Monat April kaum als Jahresdurchschnitt für 1932 angesehen werden. Zur Zeit ergebe sich in jedem Monat ein Fehlbetrag von 28 Millionen M. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Heranziehung der Vermögenswerte zur Erfüllung der Verpflichtungen ergeben hätten, seien groß und wüchsen dauernd. Die Reichsregierung habe entsprechend dem Wunsch des Ausschusses ihr Augenmerk gerade auf diesen Punkt gerichtet mit dem Erfolg, daß die Erfüllung der Verpflichtungen gelungen sei. Man könne „unbedingt damit rechnen“, daß die Renten am 1. Juni unverkürzt ausgezahlt werden würden.

In der Knappschaftsversicherung habe im Jahre 1929 1 Prozent aus der Lohnsumme 15 Millionen Reichsmark ausgemacht. Heute dagegen seien es nur noch 6 Millionen. Die heutigen Schwierigkeiten in der Knappschaftsversicherung seien lediglich durch den rapiden Abbruch der Einnahmen verursacht worden. Andererseits gingen die Renten in die Höhe. Der Zufluß des Reiches übersteige die Beitragseinnahmen. Das Reich habe im letzten Jahr 70 Millionen an Zuschüssen gegeben. Selbst wenn diese Summe für das laufende Etatsjahr wieder eingesetzt werde, bleibe immer noch für 1932 ein Fehlbetrag von 44 Millionen.

### Die Angestelltenversicherung

verzeichne einen monatlichen Rückgang an Beitragseinnahmen von 5 Millionen. Dagegen steigen die Pensionen nach Zahl und Wert auch in dieser Versicherung ständig.

In der Selbstversicherung beständen außerordentliche Schwierigkeiten. Ganze Berufsgruppen befänden sich in einer trostlosen Lage. Die an sich gesunkenen Ausgaben ständen aber einer viel stärker gesunkenen Lohnsumme gegenüber. Die Beiträge seien dagegen im Verhältnis zur Lohnsumme zum Teil sehr stark gestiegen. Die Reichsregierung habe von der in der letzten Notverordnung geschaffenen Ermächtigung, eine solidarische Haftung der Berufsgenossenschaften anzuordnen, keinen Gebrauch gemacht. Diese Ermächtigung lasse sich nur mit großer Vorsicht anwenden.

In der

### Krankenversicherung

seien die Einnahmen von 2,3 Milliarden im Jahre 1929 auf 1,8 Milliarden im Jahre 1931 gesunken. Den Krankenkassen bereite die Notwendigkeit, einen Ausgleich zwischen Beiträgen und Einnahmen und Ausgaben zu schaffen, ungewöhnliche Schwierigkeiten. Allgemein sei die Behebung der Schwierigkeiten bei den Versicherungsträgern ungewöhnlich schwer. Auf eine Anfrage, wie sich die Reichsregierung die Lösung des Problems denke, betonte der Regierungsvorsteher, daß in dieser Richtung noch keine Beschlüsse gefaßt worden seien. Weder das Reichsarbeitsministerium noch das Reichskabinett hätten irgendwelche Entscheidungen getroffen. Die Reichsregierung werde aber die Auszahlung der Renten am 1. Juni in voller Höhe ermöglichen.

Auf einen Antrag, über die Pläne der Reichsregierung zur Neugestaltung der Sozialversicherungen Auskunft zu geben, erklärte der Regierungsvorsteher, die Regierung habe

zur Zeit noch gar keine Pläne, er könne also darüber noch keine Auskunft geben.

Der Ausschuss sollte nunmehr der Regierung ohne Unterlagen Wege aus diesem Dilemma weisen. Das lehnte er aber auf Antrag des deutschnationalen Abgeordneten Timm ab. Er beschloß, sich auf unbestimmte Zeit zu vertagen und den Termin der Wiederberufung dem Vorliegenden zu überlassen.

Die Zahlen, die das Reichsarbeitsministerium über die Lage der Sozialversicherung dem Reichstagsausschuss vorlegen mußte, sind erschreckend. Ueberall Fehlbeträge bei den einzelnen Versicherungsarten und überall gleichbleibende oder gesteigerte Leistungen. Ein Bild des Niederganges der Wirtschaft auch an dieser Stelle. Weise Borausicht und Mut, der den kommenden Tatsachen ins Gesicht sehen kann, hätten vieles, ja das meiste von dem verhindern können, was gestern der Ausschuss von der Regierung aufgetischt bekam. Aber man gestalte zu freiwilliger Kurzsichtigkeit noch die verheerenden Fehler auf allen anderen politischen Gebieten (Tribute, Wirtschaft, Finanzen), so daß die beweisbare Schuld der Verantwortlichen an dem heutigen Zustand größer ist als die Mäßigkeit der Verhältnisse, die freilich auch beachtet werden müssen. Und es ist typisch genug für die Hilflosigkeit der Regierung, wenn die Auskunft gegeben wird, für eine Umgestaltung der Sozialversicherung habe man noch keine Pläne. Man weiß dabei, daß auch die neue Notverordnung nur einige Löcher schließt, um andere neu aufzureißen. Von Reformwillen also keine Spur. Herr Brüning hört die Mahnung nicht und empfindet kaum, daß er sich nun schon seit 2 Jahren mit seinen Entlassungsmaßnahmen im luftleeren Raume bewegt. Es brennt uns auf den Nägeln, aber noch immer wird nicht begriffen, daß die Zeit vorbei ist, wo man noch fitteln konnte. Erneuerung ist das Gebot der Stunde. Der es nicht begriff, hat seine Rolle verspielt, mag sein Ansehen im Augenblick noch den Schutz derjenigen genießen, die sich selbst schützen möchten, indem sie sich hinter den Rücken größerer verziehen.

## Zu hohe öffentliche Ausgaben.

### Die Forderungen der Industrie an die Reichsregierung.

Berlin, 28. Mai. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie trat am Mittwoch unter Vorsitz von Dr. Krupp von Bohlen und Halbach zu einer Sitzung zusammen.

Zunächst berichtete Geheimrat Kahl über den Inhalt einer auf Grund der letzten Verhandlungen im Reichsverband an die Reichsregierung gerichteten Eingabe, in der die Forderungen des Reichsverbandes für die aktuellen Wirtschafts-, Finanz- und sozialpolitischen Fragen vorgetragen worden sind. Es müßten alle innerwirtschaftlichen Möglichkeiten restlos ausgenutzt werden, um einen weiteren Verfall der deutschen Wirtschaft zu verhindern.

In der anschließenden Erörterung wurde die Eingabe einstimmig gebilligt. Es wurde allseitig hervorgehoben, wie unerträglich bei der fortgesetzten Schrumpfung des Umlages die Verwaltungskosten der öffentlichen Hand einschließlich der sozialen Ausgaben die Erzeugung belasteten. Die wichtigste Aufgabe der Regierung müsse es deshalb sein, auf dem Wege über eine Regelung des Finanzausgleiches, der Verwaltungsreform und der Arbeitslosenfürsorge endlich einen entscheidenden Schritt im Ziele einer wirksamen Entlastung für die Gütererzeugung zu tun. Das Kernproblem der Wirtschaftsführung müsse sein, die Wirtschaft leistungsfähig zu halten und das Vertrauen und die Möglichkeit eines Aufstieges wieder zu beleben.

Wenn der Erzeugungsumfang auf den Stand der ersten Jahre des laufenden Jahrhunderts zurückgegangen sei, so müßten sich eben die öffentlichen Ausgaben dieser Entlastung anpassen. Der Ausgleich der öffentlichen Haushalte dürfe auf keinen Fall durch neue Steuern versucht werden, die die Leistungsfähigkeit und die Steuerkraft aller im G-